

Unternehmer wollen Integration beschleunigen

Die Initiative „Kompass D“ hat im Kanzleramt Vorschläge präsentiert, um Flüchtlinge schneller in Ausbildung und Arbeit zu bringen.

VON FRANK KIRSCHSTEIN

NEUSS/BERLIN Anerkennung, Motivation und die Chance, Erfahrungen aus der Basisarbeit mit Flüchtlingen auf höchster Ebene in die politische Diskussion einzuspeisen – für Johann-Andreas Werhahn, führender Kopf der Neusser Unternehmerinitiative „Kompass D“, hatte der Besuch am Donnerstag im Kanzleramt in Berlin viele Facetten. Auf Vermittlung von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) hatte eine Delegation der Ende 2015 gegründeten Initiative die Chance, ihre Erfahrungen bei Peter Altmaier (CDU), Kanzleramtschef und Koordinator der Bundesregierung für Flüchtlingsfragen, zu platzieren. Auch Frank-Jürgen Weise, Ex-Chef der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), heute Berater in Diensten des Innenministers, saß am Tisch.

„Kompass D“ kümmert sich – finanziert durch Neusser Unternehmen – um Integration, Ausbildung und Arbeitsplätze für Flüchtlinge – als Schlüssel für eine Lebensperspektive in der neuen Heimat.

Beim Gespräch im Kanzleramt legte die Delegation aus Neuss auf den Tisch, was sich seit Beginn der Arbeit von „Kompass D“ vor eineinhalb Jahren immer wieder als Hindernis erwiesen hat. Dafür waren Werhahn und Christoph Buchbender, Vorstand der RheinLand Versicherungsgruppe, als Leiter einer neunköpfigen Delegation nach Berlin gereist. Das Ziel: die Integration von Flüchtlingen („Kompass D“ spricht lokal von „Neu-Neussern“) konsequent weiterzuentwickeln und voranzutreiben. Hermann Gröhe sieht die Einladung für „Kompass D“ zum Dialog im Kanzleramt auch als Dank für das besondere Engagement der Initiative.

Das Ziel, Menschen, die ihre Heimat unter oft dramatischen Umständen verlassen hätten, in die Lage zu versetzen, in einer neuen Gesellschaft Fuß zu fassen und dort von ihrer eigenen Hände Arbeit leben zu können, treffe den Kern aller Integrationsbemühungen. „Um das Thema Flüchtlinge ist es ruhiger geworden, es ist deshalb aber nicht weniger dringlich“, so Gröhe.

Peter Altmaier betonte, dass bei aller Wertschätzung lokaler Initiativen Organisationen wie „Kompass D“ normalerweise nicht zur Diskussion ins Kanzleramt geladen werden könnten: „Wir haben – glücklicherweise – in Deutschland ein so hohes Maß an Hilfbereitschaft in den Kommunen, in Verwaltungen, in Hilfsorganisationen und durch Privatinitiative erlebt, dass das nicht möglich ist.“ Dass „Kompass D“



Im „Kleinen Kabinettsaal“ gibt's normalerweise Frühstück fürs Bundeskabinett. Am Donnerstag war dort eine Delegation der Neusser Unternehmerinitiative „Kompass D“ zu Gast. NGZ-FOTOS (7): F. KIRSCHSTEIN



Johann-Andreas Werhahn (r.), Koordinator der Initiative „Kompass D“, informiert Kanzleramtschef Peter Altmaier, Gesundheitsminister Hermann Gröhe und Ulrich Bauer. Referat Arbeitsmarkt (v. l.).



Sascha Jäckel und Volker Woschniak (v. r.) berichteten aus der Praxis.



Bärbel Kohler, Marion Frings und Frank-Jürgen Weise (v. l.) diskutierten.



Im Gespräch: Frank-Jürgen Weise, Rainer Mellis und Hermann Gröhe (v. l.).



J.-Andreas Werhahn präsentierte Peter Altmaier das „Kompass D“-Projekt.



Paul Neuhäuser, Rainer Mellis, Julian Sels und Christoph Buchbender (v. l.).

trotzdem einen Termin in Berlin bekommen hat, sei nicht nur auf die Unterstützung durch Hermann Gröhe zurückzuführen, sondern vor allem Ausdruck der Anerkennung für Menschen, die sich in besonderer Weise für Flüchtlinge engagiert hätten. Johann-Andreas Werhahn dankte herzlich, gab sich aber auch bescheiden: „Viele hätten es verdient, hier zu sein.“ „Kompass D“ wolle die Chance nutzen, auf Integrationshindernisse aufmerksam zu machen, die sich in der Praxis oft als unüberwindlich herausgestellt hätten. Ein Kernthema: Unternehmern mehr Verantwortung und Entscheidungs-

„Um das Thema Flüchtlinge ist es ruhiger geworden, weniger dringlich ist es nicht“

Hermann Gröhe
Bundesgesundheitsminister

freiheit bei der Ausbildung und Beschäftigung von Flüchtlingen geben. Weise stimmte im Prinzip zu: „Im Unternehmen, in der kleinen Lebensgemeinschaft funktioniert das.“ Problematisch werde es, wenn Flüchtlinge mit Steuermitteln gefördert würden: „Dann brauchen wir Checklisten, ob die Voraussetzungen erfüllt sind.“ Rainer Mellis, Chef der Volksbank Düsseldorf Neuss, regte an, bei der Frage, wie schnell Flüchtlingen der Weg in ein auskömmliches Arbeitsleben eröffnet werden könne, auch Erfahrungen aus den vergangenen Jahrzehnten zu berücksichtigen. Gerade bei jungen Zuwanderern sei

zu beobachten gewesen, dass sie das „schnelle Geld“ aus manchmal grenzwertigen Beschäftigungen dem langen und oft komplizierten Weg bis zu einem Ausbildungsplatz und Beruf vorgezogen hätten. Mellis Appell: „Wir müssen Barrieren abbauen, damit sich das nicht wiederholt.“ Auch Gröhe will „Integrationsruinen“ verhindern. Er wirbt aber auch dafür, bei Flüchtlingen Verständnis dafür zu

wecken, dass sich Integration und Aufstieg in Etappen vollziehen kann. Bärbel Kohler, eine der Lotsen für junge Flüchtlinge bei „Kompass D“, sieht hohen Bedarf, Flüchtlingen das duale Ausbildungssystem erst einmal plausibel zu machen: „Da kommen 16- oder 17-Jährige nach langer Flucht, die warten ungeduldig darauf, dass es irgendwie weitergeht.“ Wichtig dabei, so die „Kompass D“-Lotsen Volker Woschniak und Sascha Jäckel: realistische Beurteilungen der Berufsperspektiven. Andernfalls sei ein Scheitern programmiert.

Julian Sels, Geschäftsführer O&L Sels, fragte auch nach der psychologischen Betreuung der Flüchtlinge, die nach Krieg und Bürgerkrieg in ihrer Heimat oft traumatische Erlebnisse verarbeiten müssten. Das Problem sei früh erkannt worden, so Gröhe, aber nicht leicht zu lösen. Ein Hindernis sei auch bei dieser Fragestellung die Sprache, bei psychischen Erkrankungen, so der Minister, „das wichtigste Behandlungsinstrument“.

Paul Neuhäuser, Chef der St.-Augustinus-Kliniken, verwies auf ein weiteres Hemmnis im Detail. Fahrtkosten für Praktika führten dazu, dass diese von Flüchtlingen nicht angetreten würden. Bei der Kranken-

pflageausbildung fehle der gerade in diesem Bereich für Flüchtlinge so wichtige Stützunterricht. Ein Problem, das, so Gröhe, im Bereich der Altenpflege so nicht existiere. Mit Blick auf „kleinere Summen“, die fehlten, wünschte sich der Minister auch ein verstärktes Engagement der Zivilgesellschaft: „Man kann nicht alles mit einem Rechtsanspruch regeln.“ Buchbender regte an, das Beispiel „Kompass D“, wenn nicht als Blaupause, so doch als Anregung in weiten Kreisen des Mittelstandes bekannt zu machen: „Offenbar funktioniert Integration doch besonders gut, wenn sich mittelständische Unter-

nehmer engagieren.“

Positives hatte in Berlin auch Marion Frings, UPS Deutschland, zu berichten: „Wir helfen finanziell und bieten Praktika an.“ Das Interesse an der Neusser Initiative in ihrem Konzern sei hoch: „Selbst in den USA wird darüber gesprochen, wie wir den Flüchtlingen helfen“, sagte Frings.

Um aus dem Treffen in Berlin konkrete Pläne zu entwickeln, regte Gröhe Expertengespräche in Neuss an. Weise unterstützte die Idee: Bundesagentur für Arbeit und BAMF gehen mit „Kompass D“ Einzelfall für Einzelfall durch. Daraus könne jeweils

Hilfe erwachsen – und noch mehr, wenn die Experten, zu denen auch noch Vertreter der Ausländerbehörde kommen sollen, gemeinsam mit „Kompass D“ auf Fälle stoßen, die auf strukturellen Integrationshindernissen beruhen. Lassen sich diese auch durch das Engagement der Unternehmen nicht lösen, werden diese dokumentiert und Politik und Behörden zur Diskussion zur Verfügung gestellt. Für das Treffen in Berlin hatte „Kompass D“ vorgearbeitet. Mehrere Knackpunkte wurden, samt Lösungsvorschlägen, auf den Tisch des Kanzleramts gelegt. Drei Beispiele:

Unterricht Neben einer Lehre sollte durch die Bundesanstalt für Arbeit gleichzeitig Deutsch und Mathematik zu arbeitsfreundlichen Zeiten zwischen 16 und 18 Uhr ortsnahe unterrichtet werden.

Qualifizierung Anders als derzeit möglich sollen Flüchtlinge ein Einstiegsqualifizierungsjahr mehrfach beantragen dürfen – bis zu einem Jahr. Derzeit verfällt die Förderung, wenn Flüchtling oder Firmen feststellen, dass ein unpassender Beruf gewählt wurde.

Begleitende Hilfen In Krankenpflegeeinrichtungen besteht Fachkräftemangel, weshalb sie Flüchtlingen gern Ausbildungen anbieten würden. Die Gesetzeslage erlaube aber keine ausbildungsbegleitenden Hilfen. Mit einer Änderung könnten neue Jobs geschaffen werden.

INFO

Für „Kompass D“ im Kanzleramt

Delegation Im Bundeskanzleramt diskutierten Mitglieder des Lenkungs Ausschusses der Initiative „Kompass D“, Lotsen und weitere Unternehmensvertreter aus Neuss: Christoph Buchbender (RheinLand Versicherungsgruppe), Johann-Andreas Werhahn, (Werhahn-Stiftung), Rainer Mellis (Volksbank Düsseldorf Neuss), Paul Neuhäuser (St. Augustinus-Kliniken), Julian Sels (O&L Sels), Marion Frings (UPS Deutschland), sowie die „Kompass D“-Lotsen Bärbel Kohler, Volker Woschniak und Sascha Jäckel.

Kontakt Informationen über Grundsätze, Konzepte, Programme und Möglichkeiten der Beteiligung: www.kompassd.de